

Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 135. Sitzung · 25. Mai 2023
Rede Rolf Kahnt Antrag Fraktion der AfD „Zwangsbegrünung“ stoppen –
Heizungsverbote verhindern – Drucks. 20/11065

["Zwangsbegrünung" stoppen - Heizungsverbote verhindern \(Teil 1/3\) - 25.05.2023 - 135. Plenarsitzung - YouTube](#)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne!

Im AfD-Antrag gibt es, wie auch bei der Rede des Kollegen Lichert, einige Behauptungen, die der Richtigstellung bedürfen. Als da wären: Mit der Reform des Gebäudeenergiegesetzes können fossile Heizungen auch nach 2024 bis 2044 weiter betrieben werden. Defekte fossile Heizungen dürfen weiterhin repariert werden, und sie verlieren auch keine Betriebserlaubnis.

Ein Verbot fossiler Heizungen existiert nicht, auch wenn ab 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung eine Wärmepumpe sein oder bis zu 65 % mit erneuerbarer Energie betrieben werden soll. Immobilien mit Wärmepumpen erfahren keine drastischen Wertverluste, im Gegenteil erfolgen Wertsteigerungen.

Betriebskosten von Wärmepumpen fallen vergleichsweise wesentlich geringer aus, besonders bei erwartbaren Preissteigerungen für fossile Energieträger. Die Effizienz von Wärmepumpen ist unzweifelhaft; dazu hat Minister Tarek Al-Wazir gestern aufschlussreiche Details genannt. Wärmepumpen der neueren Generation mit Vorlauftemperaturen von 70 Grad stehen konventionellen Heizungen in nichts nach, selbst in Bestandsbauten sind Wärmepumpen häufig ohne größere Sanierung möglich.

Klimaschutz ist kein fragwürdiges Etikett, wie die AfD behauptet, sondern notwendige Konsequenz infolge weltweit zunehmender Temperaturanstiege, Unwetter, Trockenheiten und Starkregenereignisse mit Flutkatastrophen. Klimaschutz bedeutet mithin, Umwelt und Leben nachhaltig zu schützen, und dazu bleibt uns nicht mehr viel Zeit, meine Damen und Herren.

Dennoch: Die Reform des GEG ist umstritten. Nur 50 % Zustimmung sorgen für Unfrieden und Unruhe. Die Novelle mag gut gemeint sein, Akzeptanzprobleme weisen jedoch auf Versäumnisse hin, etwa zu geringe sachliche Kommunikation, überfallartig empfundene Fristen, mithilfe derer das Gesetz durch den Bundestag gebracht werden soll, als bevormundend empfundene mangelnde Wahlmöglichkeiten oder unzureichend kommunizierte Anreize für den Wechsel zu nachhaltigen Heizungssystemen; denn bis zu 35 % des Kaufpreises werden ja erstattet.

Abschließend: Wenn die für 2045 angestrebte notwendige Klimaneutralität neben anderen Maßnahmen erfolgreich sein will, sind Rücksichtnahmen erforderlich. Fast zwei Drittel unserer Bevölkerung sind nämlich willig, Klimaziele

zu unterstützen. Es wäre leichtsinnig, bei der Reform des GEG diese Trümpfe aufs Spiel zu setzen und Populisten das Feld zu überlassen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.